

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat auf der Landesdelegiertenkonferenz am
2 28.01.2012 beschlossen:

3 **Staatsvertrag zwischen Hamburg und den islamischen Verbänden** 4 **schließen**

5

6 Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verhandelt noch mit dem Schura, dem
7 Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg, dem DITIB Landesverband Hamburg
8 und dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), die weit über 75% der in
9 Hamburg lebenden Muslime vertreten, über einen Staatsvertrag. Prof. Dr. Heinrich de
10 Wall aus Erlangen hat dem Hamburgischen Senat in einem Rechtsgutachten bereits
11 bestätigt, dass die Schura, DITIB und VIKZ die rechtlichen Voraussetzungen einer
12 Religionsgemeinschaft gemäß
13 Art. 7 Abs. 2 GG erfüllen und ein Staatsvertrag mit ihnen vereinbart werden kann. Aus
14 diesem Vertrag erwachsen sowohl Rechte als auch Pflichten. Beide Vertragspartner
15 verpflichten sich Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

16

17 Noch folgt eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Verbände und dem Senat, die
18 Verhandlungsergebnisse der letzten Jahre zu einem konkreten Vertragstext zusammen,
19 der die einzelnen Sachgebiete angemessen berücksichtigen soll. Eines dieser
20 Sachgebiete beinhaltet einen muslimischen Religionsunterricht, der (auch) von den
21 islamischen Verbänden organisiert wird. Ein eigener Passus spricht den islamischen
22 Vereinigungen das Recht zu, Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG zu erteilen. Der
23 Unterricht wird demnach künftig gemeinsam von den islamischen
24 Religionsgemeinschaften und der evangelisch-lutherischen Kirche verantwortet. Senat
25 und Verbände sind sich einig: Bald werden auch muslimische Religionslehrer Hamburgs
26 Schüler unterrichten.

27

28 Weitere Sachgebiete befassen sich mit Regelungen zu islamischen Grabstätten, der
29 Gefängnisseelsorge, religiösen Feiertagen und andere Bereiche, die das muslimische
30 Leben in Hamburg betreffen.

31

32 Die Ausbildung muslimischer Theologen an deutschen Universitäten ist ein weiterer
33 wichtiger Schritt, um die Vorgaben des Grundgesetzes zu erfüllen und einen Beitrag
34 zur Integration zu leisten. Denn ohne die Ausbildung deutscher Muslime bleibt die
35 bisherige Praxis bestehen: Imame aus dem Ausland kommen für kurze Zeit nach
36 Deutschland, um in ihrer Landessprache und mit ihrem kulturellen Hintergrund hier
37 zu arbeiten. An deutschen Universitäten ausgebildete Theologen sind nicht nur Gäste.
38 Sie verstehen Deutschland und kennen seine Rechtsordnung, da sie selbst Teil der
39 deutschen Gesellschaft sind.

40

41 Die Universität Hamburg hat bereits einen Lehrstuhl für Islam geschaffen und mit
42 Prof. Dr. Katajun Amirpour besetzt, die vor wenigen Wochen ihre Antrittsvorlesung hielt.
43 Allerdings handelte die Universität Hamburg, ohne die islamischen Verbände
44 einzubeziehen. Ein Beirat wie etwa an der Uni Osnabrück, wurde nicht gegründet.
45 Einen solchen lehnt die Universität Hamburg ab. Diese Situation ist problematisch und
46 muss sich ändern.

47 Die Jusos in Hamburg unterstützen die Bemühungen des Senates der Freien und
48 Hansestadt Hamburg.

49

50 Wir fordern den Senat auf, die Verhandlungen mit den islamischen Verbänden Schura,
51 DITIB und VIKZ über einen Staatsvertrag erfolgreich abzuschließen.

52

53 Somit können die Verbände als Religionsgemeinschaften gemäß Art. 7 Abs. 3 GG
54 anerkannt werden und die bestehenden Probleme gelöst werden. Dies beinhaltet
55 insbesondere die fehlende Zusammenarbeit bei der Lehrstuhlbesetzung an der
56 Universität.